



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21834 - 33
Fernschreiber 0886890

Z/XIII/290 - 20. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeiler:

1 - 2	Weihnacht 1958 Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB. Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland	65
3	Meilenstein der Einheit Afrikas Die Ergebnisse der Konferenz in Accra	51
4	Kriegsdienstverweigerer - links raus! Meditationen über einen Erlass des Strauß-Ministeriums	51
5	Regierungsbildung in Berlin Von Kurt Mattick, MdB.	38
6	Keine Einigung über das Rundfunkgesetz Ministerpräsidenten bleiben hart	44

* * * * *
- - - - -

Weihnacht 1958

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, M. d. B.
Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Über der Weihnacht 1958 liegt ein Schatten. Er ist über Berlin heraufgezogen, aber er erfaßt uns alle und stellt alles in Frage, was in den letzten Jahren aufgebaut worden ist. Auch diejenigen, welche mit der Entwicklung der Bundesrepublik so sehr zufrieden waren, empfinden plötzlich, wie schwankend der Boden ist, auf dem wir stehen, und wie wenig der Frieden gesichert ist. War nicht doch eine Fehlrechnung in dem, was unternommen wurde?

Diese Frage wird über den besinnlichen Tagen der Weihnacht stehen.

Durch alle Schatten bricht aber auch in dieser Weihnacht das helle Licht hindurch, das den Weg der Menschheit seit der Geburt Jesu Christi begleitet. Es ist das Licht jener Botschaft an die Hirten auf dem Felde bei Bethlehem vor fast 2000 Jahren: "Euch ist heute der Heiland geboren, welcher ist Christus, der Herr, in der Stadt Davids". Mit dieser Botschaft ist der entscheidende Wendepunkt in der menschlichen Geschichte angedeutet. "Geburt des Heilands" heißt, daß Gott selber die Erneuerung und Vollendung seines Schöpfungsplanes in die Hand genommen und uns Menschen aus der Bedrängnis erlöst hat, die Kette von Schuld, Ungerechtigkeit und Unfrieden in eigener Kraft zu zerbrechen. Zeichenhaft für die Allmacht und den Heilsplan Gottes tilgte Jesus tiefe menschliche Schuld, heilte er unheilbare Krankheit und erweckte er den toten Lazarus zu neuem Leben. Zeichenhaft bestätigte er durch seine Himmelfahrt, daß er der Herr aller Herren ist und daß er wiederkommen wird, um alle Herrschaft allein auszuüben.

An dieser biblischen Weihnachtsbotschaft scheiden sich die Geister. Sollte Gott wirklich gesagt haben, daß er allein es ist, der diese Welt in seinen Händen trägt und vollkommen machen wird? Was bleibt dann als Aufgabe der Menschen?

Die so fragen, versuchen immer wieder selber diese Welt zur idealen Gerechtigkeit und in einen ewigen Frieden zu führen. Aber welcher Anlauf ist nicht zuletzt doch wieder im Egoismus seiner Bannerträger und Nutznießer stecken geblieben? Haben nicht oft genug gerade die Helden der menschlichen Geschichte die größten Blutbäder angerichtet oder die ärgste

Tyranni über ihre Zeitgenossen ausgeübt, denen sie alle Opfer für die ideale Zukunft auferlegten? Kein Wunder, daß die Sehnsucht nach dem Vollkommenen unstillbar ist.

Wird die Christenheit diese Sehnsucht erfüllen? Kann sie die Bedrängnisse der Welt lösen? Kann sie den Frieden in unseren Tagen gewährleisten und alle dunklen Wolken vertreiben?

Sie kann es genau so wenig, wie sie selber den Bedrängnissen dieser Welt entzogen ist. Wohl wissen Christen um jene Botschaft und wohl empfinden sie daraus die Pflicht zum dankbaren Dienst an den Mitmenschen. Aber sie bleiben ein ebenso unzulängliches Bodenpersonal Gottes wie alle anderen Menschen, und oft genug hat gerade ihre persönliche Unzulänglichkeit oder anspruchsvolles Auftreten ihrer Gemeinschaften einschließlich Kirchen und christlicher Parteien die Botschaft verdunkelt, welche sie der Welt vermitteln sollen.

Die Christenheit weiß um diese ihre Unzulänglichkeit und hat sich in ihren eigenen Reichen immer wieder selbst auf die Botschaft zu besinnen, die in der Weihnacht vor fast 2000 Jahren aller Welt verkündigt wurde. Sie darf aber von daher auch von der Zuversicht erfüllt sein, daß der Sieg über allen Aufruhr der Menschen, über alle Not und sogar den Tod bereits ein für allemal errungen ist. Das darf sie nicht untätig werden lassen. Sie soll sich vielmehr durch Wort und Tat in den Dienst jener Botschaft gestellt wissen, die in Bethlehem anhub. Diese Botschaft ruft sie über alle Parteien und Volksgrenzen hinweg zu jedem guten Werk, wer immer es anfängt oder treibt. Sie ruft sie insbesondere in den Dienst des Friedens, das heißt heraus aus dem Haß und der angstvollen Sorge, daß es Gestalten oder Mächte geben könnte, die stärker wären als Gott.

Die Völker der Welt wollen Frieden. Auch unser Volk will ihn. Es weiß, daß Krieg sein Untergang sein würde. Wenn wir den Großmächten auf dieser Erde die Kriegswaffen nicht aus der Hand reißen können, so können wir doch auch als gespaltenes Volk Frieden untereinander halten und aller Gefährlichkeit widerstehen. Das ist es, was die Weihnachtbotschaft von uns fordert und wozu sie uns die Verheißung gibt, daß alle ärchenden Schatten sich so lichter werden, wie Gott es für gut hält.

Meilenstein der Einheit Afrikas

H.E.D. - Die all-afrikanische Konferenz in der ghanesischen Hauptstadt Accra, an der die Vertreter von über 25 afrikanischen Ländern und Territorien teilgenommen haben, ist zu Ende. Dr. Kwame Nkrumah, Ministerpräsident der Republik Ghana und sicherer Staatschef der neuen Westafrikanischen Union, kann mit dem Verlauf und den Ergebnissen der Konferenz zufrieden sein. Es gelang ihm, sowohl den Gedanken der afrikanischen Solidarität auf eine solide Grundlage zu stellen, als auch jenen Ideen wirksam entgegenzutreten, die den Gebrauch der Gewalt als alleiniges legitimes Mittel der Befreiung des "schwarzen Erdteils" von der kolonialen Herrschaft ansehen.

Es hieße aber, die aktuelle Bedeutung des Treffens in Accra wie auch seine Wirkungen auf die künftige Entwicklung Afrikas unterschätzen, betrachte man es nur unter dem Blickwinkel "inner-afrikanischer" Diskussionen. Der Ausspruch Nkrumahs, "Afrikaner, vereinigt Euch, Ihr habt nichts als Eure Ketten zu verlieren" ist ein politischer Appell, eine Art außenpolitisches Bekenntnis aller nationalen Kräfte zwischen der Sahara und dem Kap der Guten Hoffnung. Die großen weltpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West, der Prozeß der politischen und sozialen Emanzipation in Asien und die Versuche einiger europäischer Mächte, den kolonialen Restbestand mit allen Mitteln der Tarnung und Verschleierung zu wahren, haben einen ungeheuren Einfluß auf Afrika ausgeübt, der zur Stunde sichtbar zu werden beginnt. Die ganze Kontinent wird sich seiner Zusammengehörigkeit bewußt und sprengt die künstlichen Fesseln der von Europa im vorigen Jahrhundert bewirkten Abschneidung und Trennung in einzelne Verwaltungsbezirke.

In Accra hat sich jene Auffassung als zu Recht bestehend bewiesen, die immer wieder darauf dringt, daß die westliche Welt endlich daran gehen muß, Afrika als eine Einheit zu betrachten. Wie oft sind in der Vergangenheit gut gemeinte politische und wirtschaftliche Aktionen einzelner westlicher Staaten ins Gegenteil verkehrt worden, weil sie nur den jeweiligen Adressaten ansprachen und die innere Einheit des "Schwarzen Afrika" übersahen. Wer heute mit Accra oder Monrovia spricht, muß sich der Reaktionen bewußt sein, die dadurch in ganz Afrika ausgelöst werden.

Dies aber zu erkennen, dürfte für die westlichen Mächte mehr als entscheidend sein. Denn man sollte nicht vergessen, daß die Sowjetunion und ihre Satelliten mit einem geradezu bombastischen Aufwand versuchen, wirtschaftlich und psychologisch in Afrika Fuß zu fassen. Die vom Westen immer wieder vorgebrachten Einwände, die demokratische und freiheitliche Gesellschaftsform Amerikas und Europas sei besser und für die "jungen Völker" Asiens und Afrikas erstrebenswerter als die Diktatur des Kommunismus, sind in dem Augenblick wirkungslos, da der Westen in gewohnter Weise das Begehren Afrikas nach Selbstbestimmung und Einheit unter afrikanischem Signum zu mißachten droht.

In Accra wurde dem Westen keinesfalls der Prozeß gemacht, im Gegenteil, Nkrumah bemühte sich, allzu hitzige Nationalisten zu bremsen. Die Hand zu einer neuen Form der Zusammenarbeit mit einem in sich in Unrisen abzeichnenden einheitlichen Afrika wurde ausgestreckt. Es liegt am Westen, dies zu sehen. Denn sonst dürfte Accra nicht nur ein Meilenstein für Afrikas Zukunft, sondern ein Wanksteckel für den Westen gewesen sein.

+ + +

Kriegsdienstverweigerer - Links raus!

sp - Das Amtsblatt des Bundesverteidigungsministeriums hat in seiner jüngsten Ausgabe vom 15. Dezember 1958 eine Verfügung vom 3. Dezember veröffentlicht, die das "Verfahren bei Soldaten" regelt, "die sich als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen melden". Die einleitenden Bestimmungen sind sinnvoll und betreffen das Prozedere von der Erklärung des Soldaten bis zur Vorlage seines Antrages beim Kriegswahrsatzamt. Zu verstehen ist auch noch die Anordnung, daß ein solcher Soldat nicht mehr zu befördern sei. Diskutiernotwendig werden aber die Spezialverfügungen, die Offiziersanwärter betreffen, die sich als Kriegsdienstverweigerer erklären. Hier wird nämlich bestimmt, daß "unverzüglich" nach Antragstellung bei Offiziersanwärtern im Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit das im Soldatengesetz vorgesehene Verfahren zur Entlassung wegen "Nichteignung" und bei Reserveoffiziersanwärtern die Überführung in die Laufbahn der Unteroffiziere und Mannschaften einzuleiten seien.

Es soll hier nicht darüber gestritten werden, daß ein Offiziersanwärter, der sich als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen bekennt, kaum als im Sinne des Soldatengesetzes für den Offiziersberuf "geeignet" angesehen werden dürfte. Das wird ein solcher Offiziersanwärter nicht anders erwartet haben und als selbstverständlich hinzunehmen wissen. Die Frage ist nur, warum ein derartiges Entlassungsverfahren "unverzüglich" schon im Augenblick der Antragstellung eingeleitet werden muß, so also, als ob man diesen "ungeeigneten" Menschen so schnell wie möglich aus der Kaserne hinaustragen möchte.

Völlig unverständlich ist aber die Verfügung für die Reserveoffiziersanwärter, die man "unverzüglich" in die Laufbahn der Unteroffiziere und Mannschaften überführt. Abgesehen von dem Morsens dieser Anordnung, denn der Kriegsdienstverweigerer beschränkt ja seinen Antrag nicht auf die Offizierslaufbahn, sondern auf das Militär insgesamt: Ist man im Verteidigungsministerium etwa der Ansicht, daß ein solcher Kriegsdienstverweigerer beileibe auch keine Minute mehr in der gehobenen "Laufbahn der Reserveoffiziere" bleiben dürfte und "unverzüglich" in die subalterne "Laufbahn der Unteroffiziere und Mannschaften" abgeschoben werden müßte? Wen will man mit dieser Überperfektionierten und einlösen Planspielerei eigentlich kränken oder diffamieren? Der Kriegsdienstverweigerer, seine bisherigen Reserveoffizierskameraden oder seine zukünftigen Unteroffiziers- und Mannschaftskameraden? Oder will man niemanden kränken und hat sich nur einmal wieder nichts dabei gedacht?

Vor ein paar Tagen stand ein junger Mann vor einer Musterungskommission in Bonn und hat um das Merkblatt für Kriegsdienstverweigerer, das früher, wie es heißt, sogar unaufgefordert zugeschickt worden sein soll. Nun, die Bonner Musterungskommission hatte kein solches Merkblatt vorrätig, und der Kommissionsprecher belehrte den jungen Mann, er möge doch im Grundgesetz nachsehen. Dann fügte der gute Mann, den hochgewachsenen blonden Jungen nachdenklich betrachtend, tiefsehnig hinzu: "Ich dachte eigentlich, ich hätte Menschenkenntnis ..."

Der Musterungskommissions-Sprecher hatte zweifellos noch keine Ahnung von dem Erlaß des Bundesverteidigungsministeriums. Aus beiden Äußerungen spricht ein Geist, von dem wir eigentlich gedacht hatten, er wäre beim Eintritt in die neue deutsche Demokratie draußen vor der Tür abgegeben worden!

Regierungsbildung in Berlin

Von Kurt Mattick, MdB

Das Wahlergebnis vom 7. Dezember in Berlin hat ein weltweites positives Echo gefunden. Das neue Abgeordnetenhaus wird erst am 12. Januar 1959 zusammentreten, da nach der Verfassung das alte Abgeordnetenhaus erst am 11. Januar seine Wahlvollmacht verliert. So ist es verständlich, daß der Regierende Bürgermeister und seine mit dem breiten Vertrauen beauftragte Partei an einer überstürzten Regierungsbildung nicht interessiert sind. Die Verwaltung läuft in dem Sinne weiter, wie die Bevölkerung sie mit dem Wahlergebnis anerkannt hat.

In dieser außenpolitisch gespannten Situation bleibt nicht viel Zeit, um über Neubesetzungen von Ämtern zu verhandeln. Es bleibt nur nicht aus, daß diese Zwischenzeit Journalisten und anderen Interessierten Raum gibt, über die neue Regierung zu spekulieren. Es ist auch selbstverständlich, daß in den beiden Parteien, die ins Parlament zurückkehren, Debatten darüber geführt werden, wie der neue Senat aussehen soll; ob er ein Zwei-Parteien-Senat werden soll oder ob man zur klassischen Methode der parlamentarischen Demokratie zurückkehrt und die stärkste Partei die Regierung allein bildet. Bisher hat kein verantwortliches Parteigremium beider Parteien zu dieser Frage endgültig Stellung genommen.

Die Sozialdemokratische Partei wird am 28. Dezember einen Parteitag durchführen, damit sich die Führungsgremien über die Vorstellung der Partei orientieren können. Erst dann kann ein ernsthaftes Gespräch mit der CDU beginnen - wenn die Führung dazu beauftragt wird.

Schon heute ist es für die SPD klar, daß aus dem Wahlergebnis Konsequenzen gezogen werden müssen. Bei einer Wahlbeteiligung von 93 Prozent bedeuten 52,6 Prozent der abgegebenen Stimmen für die Sozialdemokratische Partei die Zustimmung der absoluten Mehrheit der Wählerschaft. Eine Zusammenarbeit mit der CDU in Berlin kann also keine Aufteilung der Verantwortung in Halbe-Halbe bedeuten. Die politische Verantwortung und damit die Führung und auch die politische Programmatik können im wesentlichen nur von der Mehrheitspartei bestimmt werden. Es ist Sache der CDU, ob sie sich mit dieser Tatsache abfindet und unter dieser Voraussetzung bereit ist, in dieser schweren Zeit auf breiter Basis mit der führenden Partei zusammenzuarbeiten.

+ + +

Keine Einigung über das Rundfunkgesetz

J.F.W. Am 18. Dezember hat nun das von Dr. Adenauer immer wieder verzögerte Gespräch über Rundfunk und Fernsehen stattgefunden. Sachlich brachte diese Aussprache zwischen dem Kanzler und den Ministern Schröder und Stückler auf der einen, den Ministerpräsidenten der Länder auf der anderen Seite nichts Neues. Es bestätigte, dass Dr. Adenauer auf ein Bundesrundfunkgesetz zusteuert. Die Vorbereitungen laufen auf vollen Touren, man kann damit rechnen, dass die Vorlage im Januar kabinettreif sein wird.

Der Postminister ist mit seinen Absichten für ein zweites Fernsehnetz schon erheblich über das Planungsstadium hinaus. Er glaubt den Beweis antreten zu können, dass ihm dieser Aufbau erheblich billiger gelingen wird, als ihn die Rundfunkanstalten veranschlagten. Dabei will er allerdings vergessen machen, dass seine neuen Fernsehsender nur 65 Prozent der Bevölkerung erreichen werden, während sich die Pläne der Rundfunkanstalten auf die natürlich ungleich teurere Versorgung der ganzen Bundesrepublik richten.

Die Ministerpräsidenten der Länder wollen Rundfunk und Fernsehen in der jetzigen Struktur erhalten, Ausbau und Reformen durch Vereinbarungen untereinander und, wo nötig, durch Staatsverträge mit dem Bund regeln. Sie haben, gestützt auf das Grundgesetz, in ihrer Koblenzer Konferenz am 17. Oktober die Einführung eines zweiten Fernsehprogramms durch die Rundfunkanstalten bejaht. Sie haben ferner einen Finanzausgleich zwischen den Rundfunkanstalten angekündigt und vor allem eine bundesgesetzliche Regelung der Rundfunkverhältnisse grundsätzlich abgelehnt.

Seit dieser Ministerpräsidentenkonferenz sind die Länder nicht untätig geblieben. Ihre ständige Rundfunkkommission hat mit den Arbeitern zur Verwirklichung der Koblenzer Beschlüsse begonnen. Die Rundfunkanstalten selbst haben am 10. Dezember einen Finanzausgleich beschlossen. Es geschieht also auch ohne die Bundesregierung etwas beim deutschen Rundfunk.

Angesichts dieser Aktivität der Länder und der Rundfunkanstalten fragt man sich allerdings vergebens, womit Dr. Adenauer seine Absicht, sich die Rundfunkanordnung zu unterstellen, eigentlich begründen will. Er hat am 18. Dezember diese Absicht gegenüber den Ministerpräsidenten erneut bekräftigt, ohne sie ausreichend zu motivieren. Mangelt es dem Bundeskanzler etwa angesichts der Berlinkrise, der wachsenden Kohlenhalde, des drohenden Zusammenbruchs der Studienförderung tatsächlich so an Aufgaben, dass er sich auf Gebieten versucht, auf denen schon andere für Ordnung sorgen und für die er überhaupt nicht zuständig ist? Dieser verdächtige Eifer verrät die eigentlichen Ziele: Die CDU-Regierung will sich den entscheidenden Einfluss auf Rundfunk und Fernsehen sichern, um mit der Beherrschung dieser Instrumente künftige Wahlen vorweg zu entscheiden.

+ + -

Verantwortlich: Günter Markscheffel